

LAGE DER NATION

Blood, sweat and black chocolate



Ein Jahr vor der nächsten Chamberwahl verhärtet sich die regierungspolitische Rhetorik. Rechte Politik scheint wieder salonfähig.

"Et gëtt virun de Wale keng Knippercher a keng Korënten. Et gëtt schwaarze Schockela an heiansdo haart Brout. Et gëtt net esou haart datt d'Leit sech d'Zänn ausbäissen. Mee dat Brout wat mer fir 2004 bake, soll laang halen - fir datt mer nach laang z'iessen hunn." Seitdem im Herbst des vergangenen Jahres die luxemburgischen Wirtschaftsdaten sich schlagartig in einem düsteren Licht darstellen, hat sich auch der Sprachgebrauch von Jean-Claude Juncker gewandelt. Sein Pech: Nur ein Jahr vor dem nächsten Wahlgang müssen Durchhalteparolen und Gürtel-enger-Schnallen-Appelle an die Stelle von perspektivischen, Jahrzehnte übergreifenden Reformvorschlägen treten. 700.000-Einwohner-Staat, nachhaltiges Wirtschaften, Bildungsoffensive, Steuerreduktion, Rentenmauer ... was wurden wir doch verwöhnt mit lange nachhallenden Debattenanstößen, die manchmal sogar Junckers eigene politische Freunde ins Zittern versetzten.

Die Erklärung zur Lage der Nation 2003 ist in diesem Sinne alles andere als ein spritziger Jahrgang. Die Message ist zweideutig: Als Bilanzklärung der Koalition ein Jahr vor Schluss der Mandatsperiode galt es, alles in möglichst schillernden Farben darzustellen; andererseits muss erklärt werden, weshalb das sicherlich nicht verarmte Luxemburg weniger forschenden Schrittes vorankommt, als so manches Wahlprogramm und darauf aufbauende Koalitionsabkommen dies versprochen hatten.

Dass Juncker keine Pralinen und keine Korinthen mehr verteilen kann, liegt sicherlich auch an der insgesamt miesen Wirtschaftslage. Und, im Vergleich mit unseren direkten Nachbarn, geht es uns ja fast noch blendend. Aber das Lob, besser als

andere da zu stehen, hat sich praktisch jede Regierung in den letzten Jahrzehnten auf die Fahne schreiben können.

Das Brot, das jetzt zur Verteilung kommt, ist auch deshalb so hart, weil die "Knippercher" schon alle weg sind. Eine Steuerreform nach dem Gießkannenprinzip, und eine Erziehungszulage die ungeachtet sozialer Kriterien an alle Frauen, die Kinder erzogen haben, verteilt wurde, sind Beispiele einer überhasteten Verteilungspolitik von unten nach oben, die jetzt die Spielräume enger werden lassen. Wenig Steuern und doch volle Kassen, das klappert nur, wenn die Konjunktur überdurchschnittlich brummt.

Es soll also keine Wahlgeschenke geben. Nicht wegen herausragender politischer Tugend des Premiers und seiner Truppen, sondern weil jeder Cent gebraucht wird, um dem angestauten Nachholbedarf entgegenzuwirken und wenigstens das Pflichtprogramm über die Bühne zu bringen. Daran ändert auch Junckers "Theatercoup" (dixit Luxemburger Wort), gleichzeitig zur Regierungserklärung einen ganzen Packen an Gesetzesanträgen einzureichen, nichts. Ein Jahr vor den Wahlen wird so in Aktivismus gemacht, weil auf einmal feststeht, dass Schwarz-Blau in der Umsetzung der eigenen Vorhaben ins Hintertreffen geraten ist.

Allerdings ist Junckers Vorgehen mehr Theater als Coup, denn so manches der jetzt vorgelegten Vorhaben hatte schon etwas Staub angesetzt, weil es vorsorglich während Wochen und Monaten in des Staatsministers Schublade die Erklärung zur Lage der Nation abwarten musste.

Schon jetzt ist klar: Zusammen mit den noch anhängigen Gesetzesvorschlägen, die auch auf Grund koalitionsinterner Unstimmigkeiten in Verzug geraten sind, wird dieses Programm kaum zu bewältigen sein. Diese Art der Torschlusspanik ist nichts Neues, schon so manches Gesetz wurde hierzulande auf diese Weise durchgeboxt: Die Beispiele Industriemülldeponie und Nordautobahn zeigen, dass dabei meist keine legislativen Meilensteine herausgekommen sind.

Click mich aus der Krise

Wenn es kriselt, wie Juncker den wirtschaftlichen Einbruch beschreibt, dann muss jede neue Betriebsniederlassung als Zeichen des Aufschwungs besonders hervorgehoben werden. Mit AOL und Amazon haben die Diversifizierer aus der Regierung

zwar zwei besonders wohlklingende Namen nach Luxemburg geholt. Doch ist die steuerpolitische Nachhaltigkeit dieses Erfolgs so virtuell wie das Geschäft, das diese beiden Internethändler betreiben. Mit einem Click lässt sich so ein "Shop" sonst wohin transferieren, sollte einmal das wirtschaftliche, sprich Mehrwertsteuerpolitische Umfeld sich woanders als günstiger erweisen. Aber immerhin ist diese Art der kreativen Steuereintreibung zumindest hinsichtlich der Umweltbilanz ein wahrer Fortschritt zum weiterhin gepflegten Tanktourismus.

Damit ist aber auch schon fast der einzige ökologische Lichtblick in der 46-seitigen "Team-Deklaration" der Regierung abgehakt. Sollte sich der Verdacht des Wort-Leitartiklers vom letzten Mittwoch bewahrheiten, dass diese Rede das Terrain für den nächsten Wahlkampf vorbereitet, dann hieße das, dass Umwelt-, Transport- und Schulpolitik für Schwarz-Blau nichts, Sicherheits- und Steuerreduktionspolitik hingegen fast alles bedeuten. Damit die thematische Gewichtung dieser Erklärung nicht zu sehr nach rechts kippt, wurde ihr ein gesellschaftspolitisches Feigenblatt namens "Bürgerbeteiligung" vorangestellt. Als ob es nicht Vorarbeiten und prinzipielle Fragestellungen seitens wichtiger Teile der "société civile" gegeben hätte, wurde gleich ein Gesetzespaket in Sachen Referendum geschnürt, dessen Rahmenbedingungen - nämlich die einer partizipativen politischen Kultur - dank CSV-Staat kaum gegeben sind.

Steuerpolitisch legt Juncker den sonst so geliebten, aber schon etwas abgetragenen Blauemann ab, und zieht sich gleich siebenfachen Nadelstreif über: "Mir wëllen net de Steierzueler aus Glas. Mir wëllen net datt de Stat dem Steierzueler duerch siwe Boxe kucken an e froe ka wéi en déi eng Box iwwert déi aner kritt huet."

Im Klartext heißt das, dass das Bankgeheimnis für echte und fiktive EinwohnerInnen in Luxemburg bestehen bleibt. Dank möglichst moderater Quellensteuer wird lediglich der Zuwachs des Reichtums etwas abgeschöpft. Wo und wie, vor allem wie legal, die Vermögen zustande gekommen sind, interessiert den Luxemburger Fiskus nicht. Schon wännen Mehrheitsabgeordnete Filmstars, Tennisgrößen und sonstige Gutbetuchte unter Luxemburgs Einwohnerschaft, deren Regularisierung sicherlich mit weniger Komplikationen über die Bühne gehen dürfte, als die von Schutz suchenden Flüchtlingen.

Richard Graf

Lex Greenpeace: Gibt Frieden klein bei?

Allein im Regen stehen gelassen zu werden, das war die Befürchtung von Greenpeace vor einigen Monaten. Zwar fehlte es nicht an KritikerInnen der so genannten Lex Greenpeace, des Gesetzentwurfs gegen Protestaktionen in öffentlichen und privaten Gebäuden, doch die meisten forderten eine Anpassung des Entwurfs und nicht seinen Rückzug. Mittlerweile ist es eher Luc Frieden, der Initiator des Entwurfs, der im Regen steht.

Nicht nur der Mouvement Ecologique, der ewige Konkurrent von Greenpeace im Umweltbereich, solidarisierte sich und setzte alle Hebel in Bewegung, den Entwurf zu kippen. Auch das Luxemburger Wort gewährte der Forderung nach alternativen, nicht strafrechtlichen Regelungen einen breiten Raum. Mehrere Jugendorganisationen, darunter die CSJ, schlossen sich zu einer Plattform zusammen und organisierten Aktionen - wie die am vergangenen Dienstag vor der "Chamber". Schließlich entschloss sich auch der OGBL, nicht nur den Erhalt des Streikrechtes zu verlangen, sondern, im Namen der allgemeinen Grundrechte, den Rückzug des Entwurfs zu fordern. Im Anschluss an ein Gespräch mit dem Minister am Donnerstag erklärte John Castegnaro, Luc Frieden sei bereit, über Alternativen zu diskutieren.

US klagt gegen die EU

Biotech ist die Lösung im Kampf gegen den Hunger in der Welt, so die Überzeugung von US-amerikanischen Wirtschaftsexperten. Alle Länder dieser Welt sollten demnach ungehemmt von der Wundertechnologie profitieren können, so das Argument. Am Dienstag vor einer Woche kündigte deshalb der US-amerikanische Wirtschaftsdiplomate Robert Zoellick an, dass die USA und zwölf weitere Staaten die EU wegen ihres Moratoriums in Bezug auf Gentech-Produkte bei der Welthandelsorganisation (WTO) verklagen werden. "Das Moratorium verstößt gegen die Regeln des internationalen Handels", so Zoellick.

Diese Position sei "gesetzlich nicht gerechtfertigt, wirtschaftlich unbegründet und politisch gesehen ineffektiv", lautet die Antwort der EU-Kommission. "Die europäischen Gesetze stehen im Einklang mit den WTO-Regeln", erklärte Wirtschaftskommissar Pascal Lamy und fügte hinzu: "Das System ist klar, transparent und nicht diskriminierend. Es gibt also keine Punkte, die die WTO interessieren müssten." Unklar ist indes, ob die Klage noch vor dem G8-Gipfel in Evian eingereicht wird. Die USA hatten ihre Pläne diesbezüglich aufgrund des Irak-Kriegs in den letzten Monaten auf Eis gelegt. Nun stünde der Klage nichts mehr im Wege, hieß es aus diplomatischen Kreisen.

G8, les maîtres du monde invitent

A l'occasion du sommet du G8 à Evian, l'ONG Attac publie le livre "Le G8 illégitime" (sortie en librairie le 27 mai). "L'une des grandes difficultés de l'appréciation du rôle G7/G8 réside dans la confusion possible entre la parole et l'action, entre ce qui est dit dans les communiqués et la part que prennent les sommets dans la conduite des affaires du monde. On sait ce que dit le G7/G8 et non ce qu'il fait. Il faut donc lire derrière les mots." Le livre en question se propose de dénoncer le "crédito mondialisateur" de cette institution, explicitement formulé au début des années 80 et affiné au courant des deux dernières décennies. (Voir aussi notre article page 7.) Les personnes intéressées à se rendre au contre-sommet peuvent contacter l'Infoladen Schréibs (tél. 26 53 28 95), où il reste peut-être des places. Sinon, un bus d'Attac Belgique passe par Arlon et/ou Luxembourg. Contact: cadtm@skynet.be Enfin vous pouvez demander auprès d'Attac Moselle s'il reste des places au départ de Metz (pour la seule journée du 1er juin). Faire un mail à moselle@attac.org, avec un "Cc:" à attac-luxembourg@attac.org